

Hybride Bedrohungen: Von der Geopolitik zur inneren Sicherheit

[Jean Mafart](#) - 27 Jan 2026

Hybride Bedrohungen, die ihren Ursprung außerhalb der EU haben, aber interne Auswirkungen haben, stellen die Fähigkeit der Europäischen Union, ihre Politik der inneren Sicherheit anzupassen, auf die Probe. Sie verwischen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zwischen nationalen und europäischen Zuständigkeiten und begünstigen eine Annäherung an die organisierte Kriminalität. Die Herausforderung besteht darin, eine kohärente, operative und koordinierte Antwort zu finden, ohne die Zuständigkeiten zu verwässern.



[Neuigkeiten](#) | [Stiftung](#) | [Europäischer Rat](#) | [Kommission](#) | [Parlament](#) | [Rat der Europäischen Union](#) |

[Diplomatie](#) | [Europäische Agenturen](#) | [Deutschland](#) | [Bulgarien](#) | [Dänemark](#) | [Frankreich](#) |

[Kosovo](#) | [Schweiz](#) | [Ukraine](#) | [Preis](#) | [Berichte / Studien](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Neuigkeiten :



Europa, letztes Hindernis für die Koalition der Autokraten.

Europa erhebt sich zum letzten Bollwerk gegen eine Koalition von Autokraten, die von Moskau über Peking bis hin zu bestimmten illiberalen Strömungen in den USA darauf abzielt, die Demokratien zu schwächen. Wie die jüngsten Spannungen um Grönland gezeigt haben, basiert Europa auf Recht, friedlicher Zusammenarbeit und dem Schutz der individuellen Freiheiten und verkörpert eine einzigartige moralische und wirtschaftliche Macht, die in der Lage ist, den Ambitionen autoritärer Regime entgegenzutreten. Indem sie ihre historischen Werte bekräftigt und ihre strategische Glaubwürdigkeit festigt, kann die Europäische Union weiterhin eine zivilisatorische Alternative bieten, die auf Vernunft, Achtung der Rechte und Stabilität basiert, gegenüber den Kräften, die versuchen, die Welt mit Gewalt oder Einschüchterung umzugestalten. [Fortsetzung](#)

■ Stiftung :



Neue Auszahlungen aus NextGenerationEU

Am 22. und 23. Januar hat die Europäische Kommission die vierte Zahlung in Höhe von 175,4 Millionen Euro an Dänemark geleistet und den achten Zahlungsantrag Portugals über 1,1 Milliarden Euro im Rahmen von NextGenerationEU positiv bewertet. Einzelheiten zum Konjunkturprogramm finden Sie auf der Website der Stiftung. [Fortsetzung](#)



Unterstützen Sie die Robert-Schuman-Stiftung ganzjährig!

Auch im Jahr 2026 wird die Robert-Schuman-Stiftung weiterhin die Werte und Projekte Europas in einer zunehmend instabilen Welt fördern. Diese Mission ist ohne Ihre unermüdliche Unterstützung nicht möglich. Mit Ihrer Spende profitieren Sie von einer Steuerermäßigung in Höhe von 66 % des Spendenbetrags bei der Einkommensteuer, 75 % bei der Grundsteuer oder 60 % bei der Körperschaftsteuer. [Fortsetzung](#)

■ Europäischer Rat :



Informelles Treffen des Europäischen Rates

Am 22. Januar kamen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zusammen, um über die transatlantischen Beziehungen und deren Auswirkungen auf die Europäische Union zu beraten. Der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, bekräftigte, dass Dänemark und Grönland die volle Unterstützung der Europäischen Union genießen, und bekräftigte das Bekenntnis der Union zum Völkerrecht. Er begrüßte Donald Trumps Rückzieher bei den neuen US-Zöllen auf bestimmte europäische Länder und betonte, dass die Union bereit sei, mit den Vereinigten Staaten bei der Umsetzung des umfassenden Friedensplans für Gaza zusammenzuarbeiten. [Fortsetzung](#)

■ Kommission :



Neue Maßnahmen zur Cybersicherheit

Am 20. Januar hat die Europäische Kommission neue Maßnahmen zur Cybersicherheit vorgeschlagen, um die Gesetzgebung von 2019 angesichts wachsender Bedrohungen zu verschärfen. Dazu gehört eine Überarbeitung der Cybersicherheitsverordnung, die die Sicherheit von Lieferketten und Informations- und Kommunikationstechnologien verbessert und durch einen erneuerten europäischen Rahmen für die Cybersicherheitszertifizierung wirksamere Sicherheitstests vorsieht. Schließlich stärken sie die Rolle der europäischen Agentur (ENISA) durch die Einführung von Systemen zur Bescheinigung von Cybersicherheitskompetenzen auf Unionsebene. [Fortsetzung](#)

■ Parlament :



Befassung des Gerichtshofs mit dem Abkommen mit dem Mercosur

Am 21. Januar verabschiedeten die Europaabgeordneten mit 334 Stimmen bei 324 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen eine Entschließung, in der sie den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) um ein Rechtsgutachten zum Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Ländern ersuchen. Diese Befassung des Gerichtshofs verzögert die Abstimmung des Europäischen Parlaments über die Ratifizierung dieses Abkommens. In der Zwischenzeit hat die Europäische Kommission jedoch die Möglichkeit, den Vertrag vorläufig anzuwenden, wenn sie dies wünscht. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Fluggastrechte

Am 21. Januar haben die Europaabgeordneten das Recht der Reisenden auf Entschädigung bei einer Verspätung von drei Stunden verteidigt und gleichzeitig eine Vereinfachung der Erstattungen und die kostenlose Beförderung von Handgepäck gefordert. Sie sprachen sich auch gegen eine Kürzung der derzeitigen Entschädigungsbeträge bei Flugstörungen aus und schlugen vor, diese je nach Flugstrecke auf 300 bis 600 Euro festzulegen. Sie sprachen sich für die Einführung vorgefertigter Formulare für Entschädigungs- und Erstattungsanträge aus, um die Bearbeitung von Beschwerden zu vereinfachen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Für harmonisierte Vorschriften für innovative Unternehmen

Am 20. Januar verabschiedeten die Europaabgeordneten eine Entschließung zur Unterstützung innovativer Unternehmen in der Europäischen Union. Sie betonten die Notwendigkeit, einheitliche und harmonisierte Vorschriften für die 28. Regelung zu schaffen, die einen pragmatischen Weg zu einem stärker integrierten und wettbewerbsfähigeren Binnenmarkt aufzeigt, um faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen in der Union zu gewährleisten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Die Union muss ihre globalen Partnerschaften und ihre Abschreckung gegen Bedrohungen stärken

Am 21. Januar verabschiedeten die Europaabgeordneten zwei Entschließungen, die einen Wendepunkt in der Unterstützung einer echten Europäischen Verteidigungsunion (EVU) markierten, bedingt durch die anhaltende Aggressivität Russlands und die transaktionale Wende in der nationalen Sicherheitsstrategie der USA für 2025. Angesichts dieses verschlechterten Umfelds räumt die Europäische Union nun ihrer strategischen Autonomie Vorrang ein, indem sie sich mit einer neuartigen institutionellen Architektur ausstattet, die einen Posten für einen Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt sowie ein ständiges Format für den Rat der Verteidigungsminister umfasst. Dieses Ziel wird durch umfangreiche finanzielle Hebel wie das SAFE-Instrument mit einem Volumen von 150 Milliarden Euro zur Unterstützung gemeinsamer Beschaffungsvorhaben, den Plan "ReArm Europe" und das EDIP-Programm zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis Europas unterstützt. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Debatte im Europäischen Parlament über die Prioritäten der zyprischen Ratspräsidentschaft

Am 20. Januar debattierten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments über die Prioritäten der zyprischen Ratspräsidentschaft, die von Nikos Christodoulides, Präsident der Republik Zypern, vorgestellt wurden. Viele Abgeordnete begrüßten die Betonung der europäischen Autonomie, Sicherheit und Einheit in einem schwierigen geopolitischen Kontext. Einige verwiesen auf die Lage Zyperns, dem einzigen Mitgliedstaat der Union, der unter militärischer Besatzung steht, und forderten verstärkte Anstrengungen zur Wahrung der territorialen Integrität und des Völkerrechts sowie zur Wiedervereinigung der Insel. Andere schließlich forderten eine Verschärfung der Grenzkontrollen, wirksame Rückführungen und einen Bürokratieabbau für Unternehmen. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Sitzung der Eurogruppe

Am 19. Januar diskutierten die Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe über die Ernennung des Vizepräsidenten der EZB und stimmten der Kandidatur von Boris Vujčić, dem derzeitigen Gouverneur der kroatischen Nationalbank, zu. Die bulgarische Ministerin Temenuzhka Petkova sowie Vertreter der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) informierten die Minister über den Stand der Umstellung auf den Euro in Bulgarien. [Fortsetzung](#)



Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister

Am 20. Januar haben die Wirtschafts- und Finanzminister die Prioritäten der zyprischen Ratspräsidentschaft geprüft, um die Gesetzgebungsarbeiten zur Spar- und Investitionsunion, zur Agenda für Steuerentlastung und Vereinfachung sowie zu einer modernisierten Zollunion voranzubringen. Sie leiteten ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits gegen Finnland ein. Schließlich beschlossen sie, Jordanien eine zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von 500 Mio. EUR zu gewähren, um die wirtschaftliche Stabilität des Landes zu stärken. [Fortsetzung](#)



Informelles Treffen der Justiz- und Innenminister

Vom 21. bis 23. Januar trafen sich die Justiz- und Innenminister in Nikosia. Sie erörterten, wie koordinierte Maßnahmen der Union und Partnerschaften mit Drittländern die Gesamtergebnisse im Bereich der Rückführung verbessern und die Glaubwürdigkeit des Migrationssystems der Union stärken könnten. Sie betonten die Bedeutung nationaler Praktiken und künftiger Informationssysteme der Union für gezieltere und besser koordinierte Maßnahmen unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte und des Schengen-Besitzstands. Sie erörterten die Notwendigkeit, die Einziehung von Vermögenswerten in einem zunehmend komplexen und sich rasch wandelnden Finanzumfeld zu verstärken. Sie bekräftigten, dass die "Geldverfolgung" nach wie vor eines der wirksamsten Instrumente zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist. Schließlich erörterten sie die Frage, ob weitere Maßnahmen auf Unionsebene eine wirksamere grenzüberschreitende Rückgabe illegal entwendeter Kulturgüter ermöglichen könnten. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Diplomatie :



Dialog zwischen Belgrad und Pristina über vermisste Personen

Am 22. Januar trat in Brüssel erstmals die Gemischte Kommission für vermisste Personen zusammen. Ihr Ziel ist es, die Umsetzung der im Mai 2023 verabschiedeten Erklärung zu vermissten Personen zu überwachen, die dazu beitragen soll, das Schicksal vermisster Personen aufzuklären und eine dauerhafte Versöhnung und Frieden zu fördern. [Fortsetzung](#)

■ Europäische Agenturen :



Beispiellose Operation gegen synthetische Drogen

Am 21. Januar gab Europol bekannt, die bislang größte Operation gegen die Herstellung synthetischer Drogen in der Europäischen Union durchgeführt zu haben. Die Behörden haben 24 industrielle Labore ausgehoben und fast 1.000 Tonnen Chemikalien beschlagnahmt, wodurch dem Markt Hunderte Tonnen Drogen entzogen wurden. Insgesamt wurden mehr als 85 Personen festgenommen, darunter die beiden führenden Köpfe des Netzwerks. Über die Festnahmen und Beschlagnahmungen hinaus ermöglichte die Operation auch die Einziehung von mehr als 120.000 Litern giftiger Abfälle, die wahrscheinlich in die Umwelt gelangt wären. [Fortsetzung](#)

■ Deutschland :



Deutsch-italienischer Regierungsgipfel

Am 23. Januar fand in Rom ein deutsch-italienischer Regierungsgipfel statt, an dem Giorgia Meloni, Präsidentin des italienischen Ministerrats, und Friedrich Merz, deutscher Bundeskanzler, teilnahmen. Es wurden eine Vereinbarung über die Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und Resilienz sowie ein italienisch-deutscher Aktionsplan für die bilaterale und europäische strategische Zusammenarbeit unterzeichnet, in denen ihr Wille zur Wahrung des Friedens in Europa zum Ausdruck gebracht wurde. Dieses Treffen folgte auf das deutsch-italienische Wirtschaftsforum, das am selben Tag stattfand und bei dem beide Regierungschefs die Bedeutung der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen ihren Volkswirtschaften, betonten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

■ Bulgarien :



Rücktritt von Präsident Rumen Radev

Am 19. Januar reichte der bulgarische Präsident Rumen Radev beim Verfassungsgericht seinen Rücktritt ein und ist damit der erste bulgarische Präsident, der vor Ablauf seiner Amtszeit zurücktritt. Der seit 2016 gewählte Staatsoberhaupt will jedoch nicht auf das politische Leben verzichten und hat angekündigt, sich auf die bevorstehenden politischen Termine zu konzentrieren, insbesondere auf die Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr, bei denen er kandidieren will und nach deren Ende er hofft, Premierminister zu werden. Vizepräsidentin Iliana Iotova tritt seine Nachfolge als Staatsoberhaupt an. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Dänemark :



Treffen zwischen dem britischen und dem dänischen Premierminister

Am 22. Januar empfing der britische Premierminister Keir Starmer seine dänische Amtskollegin Mette Frederiksen im Herrenhaus Chequers. Sie diskutierten über die Bedeutung der Sicherheit in der Arktis für die NATO und die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen ihren beiden Staaten und in Europa im Bereich der Sicherheit zu verstärken, insbesondere durch die Entwicklung der Interoperabilität zwischen den Streitkräften. Sie sprachen auch über den Krieg in der Ukraine, die Lage in Gaza und die Migrationsfrage. [Fortsetzung](#)



Die Arktis im Mittelpunkt der Verteidigungsstrategie der NATO

Am 19. Januar empfing NATO-Generalsekretär Mark Rutte in Brüssel den dänischen Verteidigungsminister Troels Lund Poulsen und die grönländische Außenministerin Vivian Motzfeldt in Brüssel, um die strategische Bedeutung der Arktis und der Insel für die kollektive Sicherheit des Atlantischen Bündnisses zu unterstreichen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden geopolitischen Aufmerksamkeit für die Region bekräftigten die Bündnispartner ihre Entschlossenheit, ihre Präsenz und Abschreckung im hohen Norden zu verstärken, indem sie ihre Investitionen in wichtige Verteidigungs- und Überwachungskapazitäten intensivieren und gleichzeitig die mögliche Einrichtung einer NATO-Mission in der Arktis prüfen. Dieses Treffen verdeutlicht den gemeinsamen Willen, angesichts der aktuellen Sicherheitsherausforderungen den Frieden, die Stabilität und die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsländer zu wahren. [Fortsetzung](#)

■ Frankreich :



Am Deutsch-Französischen Tag verzeichnet das grenzüberschreitende Komitee Fortschritte

Am 22. Januar trafen sich der französische und der deutsche Europaminister, Benjamin Haddad und Gunther Krichbaum, anlässlich des Deutsch-Französischen Freundschaftstages in Colmar und leiteten eine Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, um den Alltag der Bewohner der Grenzregionen zu vereinfachen. Bei diesem Treffen wurde das Abkommen von Lauterbourg über grenzüberschreitende Ausbildung abgeschlossen, dessen Ausweitung auf deutsche Auszubildende ab dem Schuljahr 2026 beschlossen und Fortschritte bei der Entsendung von Arbeitnehmern erzielt. Die Minister betonten die Bedeutung eines grenzüberschreitenden Ansatzes bei der Analyse der Rechtsvorschriften und begrüßten die Fortschritte im Bereich der Mobilität durch die Harmonisierung von SNCF und Deutsche Bahn. [Fortsetzung](#)

■ Kosovo :



Im Kosovo werden die Stimmen für die vorgezogenen Parlamentswahlen neu ausgezählt

Am 19. Januar beschloss die Wahlkommission des Kosovo, die Neuauszählung der Stimmen auf alle Wahllokale des Landes auszuweiten, nachdem sie eine Woche zuvor in 914 Wahllokalen damit begonnen hatte. Mehr als 68.000 Stimmzettel sollen manipuliert worden sein, indem Stimmen innerhalb derselben Listen verschoben wurden, um bestimmte Kandidaten zu begünstigen, was jedoch keinen Einfluss auf das ursprüngliche Ergebnis haben dürfte. Der Staatsanwalt von Prizren, Petrit Kryeziu, gab die Festnahme von 109 Wahlkommissaren wegen Straftaten wie Fälschung von Wahlergebnissen, Nötigung und Einschüchterung sowie aktiver und passiver Bestechung bekannt. [Fortsetzung](#)

■ Schweiz :



Wirtschaftsforum in Davos

Anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos bekräftigten mehrere Staats- und Regierungschefs (die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, der französische Präsident Emmanuel Macron, der kanadische Premierminister Mark Carney, der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz) ihre uneingeschränkte Unterstützung für Grönland und Dänemark und betonten, dass deren Souveränität nicht verhandelbar sei. Die Staats- und Regierungschefs lehnten es ab, sich Gewalt zu beugen, und betonten die Notwendigkeit, diese globalen Schocks in Chancen zu verwandeln und einen Multilateralismus zu verteidigen, um ausgewogene und nachhaltige Handelspartnerschaften aufzubauen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Ukraine :



Treffen des Lublin-Dreiecks

Am 25. Januar trafen sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, Litauens, Gitanas Nausėda, und Polens, Karol Nawrocki, in Vilnius (Litauen) zusammen, um die Zusammenarbeit im Rahmen des Lublin-Dreiecks zu verstärken und die entscheidende strategische Bedeutung einer anhaltenden europäischen Unterstützung angesichts der russischen Angriffe zu unterstreichen, insbesondere zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit und der Verteidigung der Ukraine. Als zwei der aktivsten Partner bekräftigten Litauen und Polen ihr politisches, finanzielles und militärisches Engagement sowie ihre Entschlossenheit, diese Unterstützung bis zur Herstellung eines würdigen und dauerhaften Friedens aufrechtzuerhalten, der die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine uneingeschränkt gewährleistet. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Notstromaggregate für die Ukraine

Am 23. Januar hat die Europäische Kommission 447 Notstromaggregate im Wert von 3,7 Millionen Euro aus den strategischen Reserven der Union in die Ukraine geschickt. Ziel ist es, die Stromversorgung von Krankenhäusern, Notunterkünften und wichtigen Dienstleistungen wiederherzustellen. Die Generatoren werden vom ukrainischen Ministerium für Gemeinde- und Territorialentwicklung in Zusammenarbeit mit dem Ukrainischen Roten Kreuz an die am stärksten betroffenen Gemeinden verteilt. [Fortsetzung](#)



Das Europäische Parlament will das Hilfskreditprogramm für die Ukraine beschleunigen

Am 20. Januar haben die Europaabgeordneten einen Antrag zur Beschleunigung der Gesetzgebungsverfahren für neue finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine angenommen. Der Vorschlag sieht die Gewährung eines Unterstützungsdarlehens in Höhe von 90 Milliarden Euro an die Ukraine vor, das durch eine gemeinsame Anleihe finanziert wird. Gleichzeitig beschlossen sie, ihre Arbeiten zur Änderung der "Fazilität für die Ukraine" zu beschleunigen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Preis :

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER JOURNALISTENPREIS
PRIX FRANCO-ALLEMAND DU JOURNALISME



Ausschreibung für den Deutsch-Französischen Journalisten- und Medienpreis

Am 20. Januar hat der Deutsch-Französische Journalisten- und Medienpreis die Ausschreibung für das Jahr 2026 eröffnet. Seit 1983 zeichnet dieser Preis journalistische Beiträge zu deutsch-französischen und europäischen Themen in verschiedenen Kategorien aus: Newsformate, Dokumentation und Investigation; hinzukommt in diesem Jahr die Kategorie Wissenschaft. Die Stiftung ist Partner dieses Preises. [Fortsetzung](#)

■ Berichte / Studien :



Bericht über geoökonomische Fragmentierung

Am 22. Januar veröffentlichten die Europäische Zentralbank und der Europäische Ausschuss für Systemrisiken einen gemeinsamen Bericht über die Gefahren der geoökonomischen Fragmentierung. Die Institutionen warnen davor, dass die weltweite politische Instabilität zu einer Verschärfung der finanziellen Bedingungen und einer Schwächung des Wirtschaftswachstums in der Europäischen Union führen könnte. Die Studie zeigt, dass geopolitische Schocks die Banken dazu veranlassen, ihre Kreditvergabe zu beschränken, wodurch die internationale Diversifizierung trotz eines verbesserten Schutzes vor externen Risiken verringert wird. Um diesen Unsicherheiten zu begegnen, empfehlen die Autoren die Einführung eines neuen Aufsichtsrahmens und eine bessere Harmonisierung der statistischen Daten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Kultur :

LOUISIANA MUSEUM OF MODERN ART

Basquiat in Kopenhagen

Bis zum 17. Mai ist im Louisiana Museum in Kopenhagen eine Ausstellung zu sehen, die den Werken auf Papier des amerikanischen Künstlers Jean-Michel Basquiat gewidmet ist. Als erste umfassende Retrospektive, die sich den Darstellungen des menschlichen Kopfes durch den Künstler widmet, umfasst sie zahlreiche Werke, die zu seinen Lebzeiten geheim gehalten wurden, darunter Zeichnungen und Ölgemälde auf Papier, die hauptsächlich zwischen 1981 und 1983 entstanden sind. [Fortsetzung](#)



Kunst in Genf

Vom 29. Januar bis zum 1. Februar findet im Palexpo die 14. Ausgabe der Messe Art Genève statt, einem Treffpunkt für moderne und zeitgenössische Kunst. Die Messe vereint mehr als 80 internationale Galerien sowie zahlreiche institutionelle Projekte und bietet einen anspruchsvollen und zugänglichen Überblick über das aktuelle künstlerische Schaffen. Die Messe Art Genève zeichnet sich in diesem Jahr durch die Vielfalt ihres Angebots aus, das moderne, zeitgenössische und aufstrebende Werke, Installationen und Performances umfasst. [Fortsetzung](#)



PALAZZO REALE

Metaphysik in Mailand

Bis zum 21. Juni findet im Palazzo Reale in Mailand eine Ausstellung mit dem Titel "Metaphysik" statt. Gezeigt werden 400 Werke, darunter Gemälde, Skulpturen, Fotografien, Zeichnungen, Designobjekte sowie plastische und architektonische Modelle. [Fortsetzung](#)



Brigit Festival in Dublin

Bis zum 2. Februar findet in Dublin das Brigit Festival statt, das Frauen durch Kunst, Kultur und Dialog würdigt. Inspiriert von der mythologischen und christlichen Figur Brigit, Symbol für Kreativität, Licht und Erneuerung, hebt das Festival historische, künstlerische und soziale Beiträge von Frauen hervor. [Fortsetzung](#)

● JEU
DE
PAUME

Martin Parr in Paris

Bis zum 24. Mai ist die Ausstellung "Martin Parr. Global Warning" im Jeu de Paume in Paris zu sehen. Sie bietet einen Rückblick auf das Werk des britischen Fotografen anhand verschiedener Serien, die seit Ende der 1970er Jahre bis heute entstanden sind. Von seinen Anfängen auf den britischen Inseln bis hin zu seinen Erkundungen auf allen fünf Kontinenten beleuchtet Martin Parr in rund 180 Werken, die in fünf Abschnitte unterteilt sind, die Schandtaten unserer Zeit. [Fortsetzung](#)



Festival für zeitgenössische Kunst in Vilnius

Bis zum 1. März findet jedes Wochenende die 8. Ausgabe des Festivals für zeitgenössische Kunst in Vilnius statt. Über 50 zeitgenössische Kunstbeiträge: Galerien, Museen, Ausstellungen oder Kunst im Freien sind zugänglich. Die Initiative zielt darauf ab, die Kultur zu fördern und gleichzeitig Bürgern und Touristen während der Winterzeit eine Aktivität zu bieten. [Fortsetzung](#)



INTERNATIONAL FILM FESTIVAL ROTTERDAM

Filmfestival Rotterdam

Vom 29. Januar bis zum 8. Februar findet in Rotterdam die 55. Ausgabe des Filmfestivals statt. Mit einer Auswahl von Werken aus fast 90 Ländern bietet es Filmvorführungen, Installationen, künstlerische Darbietungen und Konferenzen. Jedes Jahr werden mehrere Preise in verschiedenen Kategorien verliehen. [Fortsetzung](#)



La Folle Journée in Nantes

Vom 28. Januar bis zum 1. Februar findet im Kongresszentrum Cité des Congrès in Nantes ein einzigartiges Klassikfestival statt: "La Folle Journée". Es wurde 1995 mit dem Ziel ins Leben gerufen, diese Kunstform zu demokratisieren und einem möglichst breiten Publikum zugänglich zu machen. Es umfasst mehr als 270 Konzerte und fast 2.000 Künstler. Das Abschlusskonzert wird auf dem Sender ARTE übertragen. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :



26/01/2026

Rat "Landwirtschaft und Fischerei" und Rat "Allgemeine Angelegenheiten" (Brüssel)



27/01/2026

Gipfel EU-Indien (New Delhi)



29/01/2026

Rat "Auswärtige Angelegenheiten" Assoziationsrat EU-Marokko (Brüssel)



Der Buchstabe n°1140

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 27. Januar 2026

↓ Ich lade runter

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Helen Levy ;

Catherine d'Angelo, Jean Pedurthe,

Justin Couteaud, Malo Chanfray

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Juliette Bachschmidt

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}